

„Ministerpräsident Oettinger ist erschreckend schwach“

SPD-Chefin Vogt plädiert für eine Parlamentsreform und hält im Kulturstreit am Untersuchungsausschuss fest

Stuttgart. Sie ist Landeschefin der SPD, Oppositionsführerin im Landtag und stellvertretende Bundesvorsitzende ihrer Partei. Drei Jahre lang amtierte Ute Vogt als parlamentarische Staatssekretärin im Berliner Bundesinnenministerium, seit diesem Jahr vertritt die 42-jährige begeisterte Motorradfahrerin den Wahlkreis Bretten in Stuttgart. In der Landeshauptstadt sprach unser Redaktionsmitglied Wolfgang Voigt mit ihr.

Wie beurteilen Sie mit Blick auf die Entscheidung beim Thema Ladenschluss die gegenwärtige Verfassung der Landesregierung?

Das Interview

Vogt: Der Ministerpräsident hat die Chance nicht genutzt, mit dem Votum der Landtagswahl eigene Führungsstärke zu zeigen. Ich bin überrascht, dass er mit seinem deutlichen Wahlsieg nicht selbstbewusst sagt, was er für richtig hält. Oettinger ist erschreckend schwach und sehr oberflächlich in seiner Regierungsarbeit.

Die SPD tut sich schwer, sich auf Landesebene in Szene zu setzen. Warum ist es so schwierig im Südwesten Profil zu zeigen?

Vogt: Diese Schwierigkeit hat nicht allein die SPD. Ich erlebe generell: je weiter weg man von Stuttgart kommt, desto geringer das Interesse an Landespolitik. Während man etwa in der Pforzheimer Region nach meiner Wahrnehmung schon noch nach Stuttgart schaut, findet etwa in Karlsruhe oder gar in Heidelberg Landespolitik kaum statt. Die Regierung wird eher wahrgenommen, weil hier Dinge entschieden werden.

Was kann man dagegen tun?

Vogt: Das Parlament braucht ganz dringend eine grundlegende Reform. Die Wahlbeteiligung hat gezeigt, dass das Hauptproblem das mangelnde Interesse gegenüber der Landespolitik ist. Das liegt daran, dass die Landespolitik extrem konzentriert ist auf die Regierung.

BNN: Wie stellen Sie sich die Reform im Detail vor?

Vogt: Wir müssen die Stellung der Abgeordneten verändern. Es geht nicht, dass Abgeordnete einerseits im Landesdienst stehen und gleichzeitig im Parlament die Regierung kontrollieren. Deshalb muss hier eine klare Trennung her. Außerdem brauchen wir einen viel häufigeren Tagungsrythmus: Erst drei Wochen nachdem der Kulturgüterstreit bekannt wurde, hatten wir die erste Plenarsitzung. Außerdem sind die Debatten viel zu sehr auf die Regierung zugeschnitten. Es kommt vor, dass die Redebeiträge von vier Fraktionen zusammen kürzer sind, als das, was der Minister dazu erzählt. Das ist ein Unding. Zum Dritten müssen die Abgeordnetenpensionen verändert werden. Das was momentan als Versorgungsleistungen vorgesehen ist, steht in keinem Verhältnis mehr zum Durchschnitt der Bevölkerung.

Beim Thema Kulturgüterstreit setzt die SPD auf einen Untersuchungsausschuss. Ist das ein angemessenes Mittel?

Vogt: Ich habe selten zu einem Thema so viel aktive Unterstützung aus der Bürgerschaft erfahren. Dass Bürger selbst recherchieren und sich aktiv beteiligen, ist eine neue Qualität. Deshalb muss man im Interesse der Bevölkerung der Sache nachgehen. Der Ministerpräsident hat versucht, sich als Retter der Handschriften darzustellen, nachdem er selbst durch schlampige Vorgehensweise überhaupt erst den Skandal verursacht hat.

Was soll der Ausschuss genau klären?

Vogt: Er muss klären, wer die Verantwortung trägt und wie es kommen konnte, dass man zwei Jahre verhandelt, ohne die Fakten zuvor zu prüfen. Wir wollen wissen, wie viel Geld da schon für Gutachten geflossen ist, und uns interessiert der Grund, weshalb das

Land jetzt einen Vergleich schließt. Die Kulturgüter sind im Eigentum des Landes. Wenn das Haus Baden das anders sieht, ist das Haus Baden am Zug. Es will schließlich etwas vom Land.

Die Grünen wollen beim Ausschuss nicht mitmachen. Zugleich stehen sie in regem Kontakt mit der CDU.

Vogt: Direkt nach der Wahl wurden die Grünen von Oettinger zu Tisch gebeten, und das

vorbeigeht, wenn wir die nötigen Beschleunigungen zwischen Stuttgart und Ulm nicht hinbekommen. Insofern ist das kein Projekt der Region Stuttgart, sondern eines für das ganze Land. Aber klar ist auch, dass Stuttgart und Mannheim nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Wir müssen schauen, dass die Bahn AG ihre eigenen Projekte nicht in Richtung Stuttgart priorisiert. Auch der badische Landesteil profitiert, wenn langfristig die A 8 und die Verbindung in Richtung Flughafen Stuttgart entlastet wird.

Stuttgarter Eigeninteressen spielen also keine Rolle?

Vogt: Ich will es mal so sagen: Der Ministerpräsident hat schon sehr stark die Denkweise des mittleren Neckarraums verinnerlicht. Er stellt Baden-Württemberg in erster Linie als Land von Automobilindustrie und Maschinenbau dar. Das lässt zuweilen vergessen, dass es auch viele an-

SPD-CHEFIN UTE VOGT diagnostiziert ein geringes Interesse der Bevölkerung am Thema Landespolitik.
Foto: dpa

dere Qualitäten gibt. Denken wir an die Kompetenz des Karlsruher Raums bei der Informationstechnologie. Hier gehören wir weltweit zur Spitze, was auch die Auszeichnung für die Karlsruher Uni bestätigt hat.

„Stuttgart 21“: Viele befürchten, dass wichtige Infrastrukturprojekte im badischen Landesteil abgehängt werden, wenn das Milliardenprojekt kommt.

Vogt: Es geht um eine europäische Magistrale, die im Zweifel an ganz Baden-Württemberg

denke Qualitäten gibt. Denken wir an die Kompetenz des Karlsruher Raums bei der Informationstechnologie. Hier gehören wir weltweit zur Spitze, was auch die Auszeichnung für die Karlsruher Uni bestätigt hat.

Was machen Sie an Weihnachten?

Vogt: Wir feiern Weihnachten immer gemeinsam bei meinen Eltern in Wiesloch. Da geht es ganz klassisch zu mit einem schön geschmückten Baum und einer Krippe. Am Weihnachtsabend wird bei uns gesungen wie jedes Jahr.